

Vorwärts

SW

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Freitag

11. März 1927

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr.
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Das Lüttwicz-Behalt.

Lüttwicz will alles nur ganz legal gemacht haben.

Vor dem 11. Zivilsenat des Kammergerichts unter Vorsitz des Senatspräsidenten Ruckert fand heute die Berufungsverhandlung im dem Prozeß des Generals v. Lüttwicz und des Majors v. Bischoff gegen den Reichsjustizminister auf Zahlung bzw. Aufwertung ihres Soldangehalts statt.

Rechtsanwalt Wille betonte als Vertreter des Reichswehrministeriums, daß der Reichsjustizminister bei seinen Einwendungen gegen die Klage bleibe. Der Tatbestand der Reuterei liege auch insofern vor, als v. Lüttwicz der Aufforderung des damaligen Reichswehrministers Roske, von seinem Posten abzutreten, zunächst nicht nachgekommen sei. Ausschlaggebend für seine Entlassung sei der Rapp-Bußch gewesen. Die Amnestierung habe nur Wirkungen in strafrechtlicher Hinsicht, nicht aber hinsichtlich der zivilrechtlichen Ansprüche. Der Vorwurf der unerlaubten Entfernung beziehe sich auf das Verhalten der beiden Offiziere vor ihrer Entlassung. Schließlich mache das Reichswehrministerium auch Kompensationsansprüche geltend, weil General von Lüttwicz sich durch Verfügung vom 14. März 1920 die Stellung eines Reichswehrministers anmaßte und in dieser Eigenschaft den Angehörigen der Reichswehr gewisse Bezüge versprochen hatte, die zum Teil ausbezahlt wurden.

Der Vertreter des Generals v. Lüttwicz und des Majors Bischoff, Rechtsanwalt Dr. Horn, machte zunächst geltend, daß Major Bischoff sich überhaupt nicht am Rapp-Bußch beteiligt habe. Er sei nur zufällig zwei Tage vorher nach Berlin gekommen, um nach Auflösung seiner Eisenen Brigade in Mecklenburg vom Reichswehrministerium Auskunft über seine weitere Verwendung zu erhalten, und habe dabei von Lüttwicz den Auftrag bekommen, wieder nach Mecklenburg zurückzukehren. Durch die Verhaftung des Verkehrs sei er dann aber während des Rapp-Bußches in Berlin festgehalten worden, ohne sich an diesem Unternehmen zu beteiligen.

Was die

Entlassung des Generals v. Lüttwicz

betreffe, so sei Reichsminister Schiffer damals gar nicht stellvertretender Reichsminister gewesen, er habe sich dieses Amt nur zugewagt, weil der Reichsminister Müller Berlin verlassen hatte. Schiffer sei überhaupt nicht berechtigt gewesen, den General v. Lütt-

wicz zu entlassen, er habe ihn ja auch nur seines Postens enthoben. Entlassen sei Lüttwicz erst durch die am 29. März 1920 ergangene Verfügung des Reichspräsidenten, die den General aber erst im April erreicht haben soll. Bei dieser Gelegenheit machte der Anwalt von den bisher kaum bekannten Umständen des Wegganges Lüttwicz' von Berlin Mitteilung.

Der General sei am 17. März 1920 mit Wissen der bürgerlichen Parteien und ausgerüstet mit einem Ausweis, der auf den Namen eines Geheimrats lautete, in Begleitung eines Offiziers der Kommandantur Berlin im Auto auf ein Gut des Fürsten Cynar bei Angermünde gefahren, habe sich hier bis zum April der Reichsregierung zur Verfügung gehalten und sich dann ins Ausland begeben.

Demgegenüber bestritt der Vertreter des Reichsjustizministeriums, Rechtsanwalt Wille, daß die Reichsregierung von diesem Aufenthalt des Generals v. Lüttwicz etwas gewußt habe. Es sei darüber nur mit Vertretern der bürgerlichen Parteien verhandelt worden.

Rechtsanwalt Dr. Horn bemerkte dann weiter, daß, wenn Lüttwicz die Verfügung des Reichspräsidenten Ebert erst im April 1920 erhalten habe, seine Gehaltsansprüche auf Grund des Offiziersentschädigungsgesetzes auch berechtigt seien. Im übrigen habe es sich bei seiner Entlassung nicht um eine Einzelerfügung des Reichspräsidenten, sondern um eine Verabschiedung zusammen mit zahlreichen anderen Offizieren gemäß den Bestimmungen des Offiziersentschädigungsgesetzes gehandelt. Der Vorwurf der Reuterei sei gegen den General nicht einmal in dem Hochverratsverfahren erhoben worden, ebensowenig liege unzulässige Entfernung vor.

Der Vertreter des Reichsjustizministeriums beantragte demgegenüber, die Akten des Oberstaatsanwalts heranzuziehen zum Beweise für eine Beteiligung des Majors Bischoff am Rapp-Bußch. Wegen General v. Lüttwicz sei schon am 24. März 1920 ein Haftbefehl erlassen worden. Reichsminister Schiffer sei damals zum Stellvertreter des Reichsjustizministers bestellt worden.

Die Entscheidung des Kammergerichts wird in einem besonderen Termin verkündet werden.

Zehnstündiger Achtstundentag.

Hinter den Kulissen des Bürgerblocks.

Die Parteien des Bürgerblocks sind sich noch nicht einig geworden über das Notgesetz zur Arbeitszeit. Auch die Regierung des Bürgerblocks kann sich der Tatsache nicht verschließen, daß gegenwärtig in Deutschland 2 1/2 Millionen Arbeitslose durchgeschleppt werden müssen, obwohl, wie jetzt wieder die Leipziger Messe gezeigt hat, keinerlei Notlage der Wirtschaft vorliegt, und daß trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit, wie die Erhebung der Regierung nachgewiesen hat, mehr als die Hälfte der Arbeiter überstunden leisten. Die Regierung hat also einen Entwurf eingebracht, der angeblich diese himmelschreienden Mißstände beseitigen soll, tatsächlich aber unter dem Aushängeschild der Wiederherstellung des Achtstundentages den Zehnstundentag als gesetzlich zulässig normale Arbeitszeit verankern will. Der Regierungsentwurf wird an den bisherigen Zuständen fast nichts ändern, ja in mancher Beziehung noch eine Verschlechterung bringen.

Innerhalb der Parteien des Bürgerblocks wird jetzt um die Form gerungen, die diesem zehnstündigen Achtstundentag gegeben werden soll. Dazu ist zunächst zu bemerken, daß der Ausgang dieser Verhandlungen hinter den Kulissen des Bürgerblocks, daß auch der Ausgang der Verhandlungen im Reichstag nur dann eine Beendigung des Kampfes um die Arbeitszeit bedeuten wird, wenn der Achtstundentag tatsächlich als normaler Arbeitstag wiederhergestellt wird. Jede andere Lösung ist keine Lösung. Die Gewerkschaften sind entschlossen, diesen Kampf mit allen Mitteln bis zum Ende durchzuführen. Sie sind sich dabei bewußt, daß sie sich nicht nur auf die Arbeiterchaft stützen können, sondern daß sie in diesem Kampfe die gesamte Öffentlichkeit auf ihrer Seite haben werden.

Die Unternehmervertreter im Regierungslager operieren mit den abgedrucktesten Argumenten, um nachzuweisen, daß die Wiederherstellung des Achtstundentages wirtschaftlich nicht durchführbar sei und zu den größten Schwierigkeiten führen würde. In der „DZS“ wird ausgeführt, daß es z. B. nicht möglich sei, im Zeitungsgewerbe den Achtstundentag einzuführen. Der besonders große Umfang der Sonntagsausgabe der Zeitungen zwingt zu einer auf einen kurzen Zeitpunkt zusammengedrückten Mehrarbeit, die nicht durch Einstellung von Arbeitslosen geleistet werden könne.

Die Tatsachen widerlegen aber diese Behauptung. In Vorbereitung der nunmehr abgeschlossenen Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe hatte der Buchdruckerverband die Weisung ausgegeben, Überstunden über die tariflichen Pflichtüberstunden hinaus zu verweigern und auch diese nach Möglichkeit einzuschränken. Diese Weisung wurde von den Mitgliedern des Buchdruckerverbandes eingehalten.

Was war nun die Folge? In Berlin allein wurden dadurch 600 arbeitslose Buchdrucker eingestellt. Die Unternehmer haben ganz einfach sich umstellen müssen, indem sie die Inserate für die Sonntagsnummer früher hereinholten und Bortrucke im Laufe der Woche machen ließen. Es ging also sehr gut. Es ging um so besser, weil durch diese Umorganisation der Arbeitsmarkt nicht unerheblich entspannt wurde.

So wie hier liegt es auch anderswärts. Die Frage der Arbeitszeit ist in erster Linie eine Frage der Durchorganisation der Betriebe. Den Unternehmern ist es höchst unbedeutend, diese Umorganisation vorzunehmen. Die Arbeiter sollen für die Schlamperie der Unternehmer durch Leistung von Überstunden büßen.

Deshalb wehren sich die Unternehmer auch jetzt bei den Verhandlungen innerhalb des Bürgerblocks gegen die in Vorschlag gebrachte Bestimmung Überstunden ganz allgemein mit einem Zuschlag von 25 Proz. zu bezahlen. Der Regierungsentwurf schlägt vor, daß nur für die aus wirtschaftlichen Gründen von den Behörden zugelassene Mehrarbeit ein Lohnzuschlag von 25 Proz. gezahlt werden soll. Für die Mehrarbeit, die auf Grund des § 3 der Arbeitszeitverordnung der Unternehmer von sich aus anordnen kann, für die aus sogenannten betriebstechnischen Gründen und für die durch Tarifvertrag, somit also auch durch Zwangschiedsprüche zugelassene Mehrarbeit, soll dieser Zuschlag nicht gezahlt werden. Damit würde es mit dem Zuschlag von 25 Proz. bei Leistung von Überstunden ungefähr so aussehen wie mit dem Achtstundentag nach dem Regierungsentwurf. Praktisch würde dieser Zuschlag nur in Ausnahmefällen gezahlt werden müssen.

Die entscheidende Frage, vor die der Reichstag gestellt ist, und um die unsere Gesetzgebung so oder so nicht mehr herumkommen wird, ist folgende: Soll es dem Unternehmer gestattet sein, durch die Rationalisierung der Betriebe Millionen von Arbeitern und Angestellten brotlos zu machen, und den Rest der noch Arbeitenden zu unmenschlicher Arbeitszeit zu verdammen?

Wie rückständig unsere Unternehmer in wirtschaftlicher Beziehung sind, dafür zeugt nicht nur das jetzt vorliegende Ergebnis der Rationalisierung. In einem Lande, dessen erwerbstätige Bevölkerung zu 75 Proz. sich zusammensetzt aus Gehalts- und Lohnempfängern, haben die Unternehmer noch nicht begriffen, daß diese Gehalts- und Lohnempfänger nicht nur ein Faktor im Produktionsprozeß, sondern daß sie die Grundlage des Absatzes sind. Nach der Wirtschaftswissenschaft, die heute noch im Unternehmertum regiert,

Fememordprozeß Wilms.

Die Verteidiger gegen das Schwurgericht. — Die Befangenheitsanträge abgelehnt.

Die Fememörder, finstere Gesellen, sind es, die auf der Anklagebank sitzen, zusammen mit ihren Helfern und Helfershelfern. Neben den schlanken Buchmann und Umhofer der dreißigjährige Klapproth, der bereits durch das Landberger Gericht zu 15 Jahren verurteilt ist. Zwischen ihnen glaubt man die schützenden Fuchsbüsch und Büsching zu sehen. Neben ihnen schaut krank und müde v. Pöser drein, als wüßte er sich, daß er auf der Anklagebank sitzt. Und vor der Barriere die entschlossenen Gesichter der Stantien und Subczynski.

Nur einer von den Angeklagten fühlt sich absolut sicher — die Seele der Fememörder, der Oberleutnant a. D. Schulz.

Die Anklagen, die die Verteidigung gegen das Gericht reitet, verfolgt er mit einem Gesichtsausdruck, als wolle er sagen: „Nur zu, Jungens, feste drückt!“ Ungefähr so mag er ausgeschaut haben, als er seinen Untergebenen die Befehle erteilte, seine Opfer umzulügen. Besonders amüsiert funkeln aber seine Augen, als die Verteidiger zu seinem Schutz die Heiligkeit der Verfassung herausbeschwören. Die Verteidiger des Schulz als Wahrer und Hüter der Verfassung! Eine Groteske im Gerichtssaal. Dazu ist ihm die Verfassung gut genug, um deren Wohlstand für ihre Klienten in Anspruch zu nehmen, die am liebsten, je eher, je besser, sie stürzen würden. „Die Weimarer Verfassung ist noch das einzige, was Staat und Reich zusammenhält.“ deklamiert der Verteidiger und beschwört die Seele der Verfassung, Freuß, heraus; und hinter ihm ist Schulz, die rechte Hand des Rüstener Büsching und Verfassungstürzlers Buchrucker! Die Verfassung sei verletzt, weil das Justizministerium für die umfangreiche Fememordsache, die einer längeren Vorbereitung bedürfte und deren Prozeß von längerer Dauer sein wird, eine besondere „Schwurgerichtsperiode“ einberufen habe. Eine Beforgnis der Befangenheit sei in der Herzen der Angeklagten eingezogen, da sie erfahren, daß sie ihren ordentlichen Richtern entzogen seien.

Weshalb eine Beforgnis? Es könnte ihnen durch diese Richter nicht Recht widerfahren? Glauben etwa die Verteidiger, daß ihre Klienten bei der Kammer des Landgerichtsdirektors Bommel besser fahren würden? Jedenfalls hat es der Verteidigung die Rede des Ministerpräsidenten Braun in Wagbeurg angetan, in der er sich darüber beklagt hat, daß der Ausschluß der Öffentlichkeit im Fememordprozeß Banner unter Bomben Vorstich den Eindruck habe erwecken müssen, als stelle sich dieses Gericht schützend vor die Hintermänner der Fememörder. Gegenüber dem Ministerpräsidenten Braun und dem Justizminister erklärte mit Pathos der Rechtsanwalt Hahn: „Ich bin deutschnational. Aber wohin sollte das führen, wenn es in unserem Vaterlande gestattet sein sollte, nach Belieben die Gerichte zu besetzen, wenn das Recht des Bürgers, von seinem ordentlichen Richter abgeurteilt zu werden, ein Recht, das eine Errungenschaft der Revolution ist, verletzt würde.“ Der deutsch-

ationale Verteidiger beruft sich auf die Errungenschaften der Revolution. Eine verkehrte Welt!

Der Oberstaatsanwalt Nombrecht erklärt kurz und bündig, das Justizministerium werde wohl triftige Gründe gehabt haben, als es die Fememordsache einem besonderen Schwurgericht überwies. Nach Ablehnung des Antrages der Verteidigung auf Vertagung der Gerichtsverhandlung lehnte die Verteidigung die Richter als befangen ab. Als der Vorsitzende des Gerichtshofes in neuer Zusammensetzung nach Entgegennahme der Erklärung der Verteidigung die Angeklagten fragt, ob sie sich den Ausführungen ihrer Verteidiger anschließen, schlägt der Angeklagte Schulz mit der Faust auf die Barriere und schreit lachend in den Gerichtssaal hinein: „Arrest — los!“

Aber das „Arrest — los!“ nützt den Schulz und Genossen nichts. Auch der Befangenheitsantrag wird abgelehnt, der Gerichtshof erhält seine alte Zusammensetzung und nun geht den Verteidigern der Atem aus. Sie bitten um eine Pause, die ihnen nach einigen ironischen Fragen des Vorsitzenden auch genehmigt wird, da es inzwischen Mittag geworden ist.

(Siehe auch 2. Seite.)

Heraus aus der Saar!

Genosse Blum für sofortige Abstimmung.

Paris, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Unter der Überschrift: „Wir müssen die Saar räumen!“ betont heute Blum im „Populaire“, daß Frankreich politisch klug und dem Vertrag von Locarno entsprechend handeln würde, wenn es sobald wie möglich das Saargebiet völlig räumen würde. Deutschland habe, so betont Blum, den Dawes-Plan erfüllt, ist in den Völkerbund eingetreten und hat seit Locarno die nach Ansicht Blums für die Folge schwierigste Kräftenspannung gestiftet, indem es freiwillig den durch seine Niederlage geschaffenen internationalen Zustand anerkannt hat. Es habe deshalb ein Recht, zu verlangen, daß Frankreich ihm in der Frage der Befreiung seiner Gebiete entgegenkomme, um so mehr, als die Räumung der Rheinlande, die nach den Besprechungen von Thoiry für die nächste Zeit in Aussicht gestellt war, wieder auf unbestimmte Zeit verschoben ist. Es wäre also von Frankreich klug, Deutschland jetzt eine Gelegenheit durch Räumung des Saargebietes zu geben oder mindestens der Saarbevölkerung jetzt schon Gelegenheit zu geben, in einer freien Abstimmung zu erklären, worüber auch in der Folge kein Zweifel bestehe, daß sie deutsch ist und deutsch bleiben will.

können die Arbeiter gar nicht lange genug arbeiten und nicht schlecht genug entlohnt werden.

Die im Reichsverband der Deutschen Industrie und in der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände maßgebenden Herren, die heute im Bürgerblock das große Wort führen, sehen allerlei Gefahren für den Bestand der kapitalistischen Gesellschaft, wenn der Arbeiter und der Angestellte bei kurzer Arbeitszeit eine große Kaufkraft besitzt, anders ausgedrückt, wenn es ihnen gut geht. Dem Arbeiter und dem Angestellten kann es nach der Praxis dieser prominenten Unternehmervertreter gar nicht schlecht genug gehen.

Wir wollen hier gar nicht auf die amerikanischen Unternehmer verweisen, die bei der Vertretung ihrer kapitalistischen Interessen gewiß nicht hinter den deutschen Unternehmern zurückstehen. Wir möchten aber nur einmal hier die Frage stellen, wie man sich im Bürgerblock die Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung in dem jetzt eingeschlagenen Tempo vorstellt. Alle Programme der Arbeitsbeschaffung, alle Rotstandsarbeiten haben sich als wirkungslos ergeben. Die Arbeitslosigkeit ist nicht geringer geworden. Wenn wir von den Saisonschwankungen des Arbeitsmarktes absehen, dann kann man wohl sagen, daß wir gegenwärtig in Deutschland im Durchschnitt ein Heer von Arbeitslosen von zwei Millionen unterhalten müssen.

Geht es in dem gegenwärtig beliebten Schlenkrian in der Arbeitszeitfrage weiter, dann wird bei der fortschreitenden Rationalisierung auch dieses stehende Arbeitslosenheer noch vermehrt werden. Glaubt jemand ernsthaft im Bürgerblock, daß man damit Zuständen entgegensteuert, die zu Wirtschaftsfrieden und zur Stabilisierung des kapitalistischen Systems führen?

Jedenfalls wird innerhalb des Bürgerblocks bei dem Kampf gegen die Wiederherstellung des Achtstundentags übersehen, daß die Arbeiterchaft nicht nur ein Faktor im Produktionsprozeß und auf dem Warenmarkt, sondern auch ein politischer Faktor von entscheidendem Gewicht ist.

Christliche Arbeiter für Achtstundentag.

Protest gegen die Regierungsvorlage.

Köln, 11. März. (Rth.) Das deutsche Gewerkschaftsamt Köln (christlich-nationale Gewerkschaft) hat abermals zur Arbeitszeitfrage Stellung genommen und in einer Entschließung erklärt, daß die Gesetzesvorlage über die Arbeitszeitfrage nicht den berechtigten Erwartungen entspreche. In dem Gesetz müsse festgelegt werden, daß der Achtstundentag nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch zu gelten habe. Der vorliegende Entwurf enthalte zwar grundsätzlich den Achtstundentag, doch seien derart weitgehende Ausnahmen zugelassen, daß in Wirklichkeit der jetzige Zustand noch erheblich verschlechtert werde.

Der vorläufige Finanzausgleich.

Eine politische Regelung zugunsten Bayerns.

Nach wochenlangen Verhandlungen sind die Regierungsparteien endlich unter sich soweit einig geworden, daß sie dem Steuerauschuß des Reichstags einen gemeinsamen Abänderungsantrag zu der Regierungsvorlage über den Finanzausgleich unterbreiten haben. Der Antrag sieht vor, daß das Provisorium statt auf ein Jahr auf zwei Jahre verlängert wird. Die Gesamtgarantie für die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer zusammen soll von 24 Milliarden auf 2,6 Milliarden erhöht werden. Die besondere Umsatzsteuergarantie, die der Reichstag verlangt und die die Reichsregierung bekämpft, soll in Fortfall kommen.

Dafür aber will man eine andere Verteilung der aufkommenden Steuerbeträge vornehmen. Von dem Gesamtbetrag sollen 450 Millionen nicht nach dem örtlichen Aufkommen, sondern nach der Bevölkerungszahl zur Verteilung gelangen.

Außerdem aber ist eine neue Vorschrift vorgesehen, die die Länder veranlassen soll, in ihren Bestimmungen über die eigene Realbesteuerung über die Bemessung der Gemeindeanteile an den Reichsteuern, sowie über die eigenen Steuern der Gemeinden Vorkehrung zu treffen, daß die Mehrerträge der Ueberweisungen aus den Reichsteuern in erster Linie zur Senkung der Realsteuern verwendet werden. Ueber die gemeindlichen Beiträge zu Steuern wird in dem Antrag nichts gesagt, so daß anzunehmen ist, daß die Regierungsparteien in dieser Frage nicht einig sind. Die Regierungsparteien legen aber ferner einen Antrag vor, der den Anteil Bayerns an der Biersteuer von 17 200 000 M. auf 45 Millionen erhöht, den Württembergs von 3,3 auf 8,6 Millionen und den Badens von 2,2 auf 5,7 Millionen erhöht und zwar teilweise rückwirkend für 1926. Eine weitere Bestimmung garantiert den vorwiegend agrarischen Ländern, vor allem Bayern, ihren Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach § 35 des Finanzausgleichsgesetz trotz der Mehrüberweisung aus dem neuen Umsatzsteuerschlüssel.

Nach einer dürftigen Erläuterung dieses Antrags durch die Regierungsparteien verlagte der Steuerauschuß seine Beratung auf Montag. Die von den Regierungsparteien vorgelegten Abänderungsanträge verändern den Charakter des provisorischen Finanzausgleichs völlig. Aus einer sachlichen, auf die Bedürfnisse von Reich, Ländern und Gemeinden abgestellten Regelung wird eine rein politische Regelung. Unter dem Druck der Bayerischen Volkspartei sind Bayern Zugeständnisse gemacht worden, für die eine sachliche Begründung nicht gegeben werden kann. Bayern, das die teuerste und veralteteste Verwaltung besitzt, das seine eigenen Steuerquellen künstlich schwächt, erhält auf Kosten anderer Länder und auf Kosten des Reiches Sonderprivilegien. Da außerdem angekündigt ist, daß auch die Abfindungen Württembergs und Bayerns für ihr Postregal erheblich ausgewertet werden sollen, ergeben sich weitere schwere Belastungen des Reiches, zumal auch Preußen für seine Eisenbahnabfindungen bereits seine Aufwertungsansprüche anmeldet.

Alles in allem kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Rechtsblock die Regelung des Finanzausgleichs in erster Linie zu einer Stabilisierung seiner politischen Herrschaft durch finanzielle Konzessionen an Bayern benutzen will.

Grzesinski in Bochum.

Grundsteinlegung zum neuen Polizeipräsidium - Uebergabe der Polizeiuunterkunft „Minister Karl Severing“.

Bochum, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag weihte der preußische Innenminister anlässlich der Grundsteinlegung zu dem neuen Polizeipräsidium und zur Uebergabe der neuen Polizeiuunterkunft an die Schutzpolizei in Bochum. In der bei dieser Gelegenheit gehaltenen Rede befaßte sich Grzesinski auch mit dem neuen Polizeibeamtengesetz. Der Gesetzentwurf bringe grundsätzlich den immer wieder von den Polizeibeamten geforderten einheitlichen Aufbau der Polizei. Er bringe auch eine Regelung ihrer Stellung im Beamtenrecht. Die Polizeibeamtenschaft müsse sich bemühen, daß jede ihrer Handlungen zu erfolgen habe unter dem Gesichtspunkt freudiger hingebender Beziehung des neuen republikanischen Staates und seiner Verfassung. Der Innenminister gab dann der neuen Polizeiuunterkunft zur Erinnerung an die Verdienste des Ministers Severing um die Organisation und die Festigung des Staates und insbesondere um die großen Verdienste Severings um das Ruhrgebiet den Namen „Polizeiuunterkunft Minister Karl Severing“.

Bei der Begrüßung der Mannschaften in der Turnhalle der neuen Polizeiuunterkunft, zu der Minister Grzesinski in Begleitung der Vertreter der Berliner Regierung, des Regierungspräsidenten König-Arnberg sowie des Polizeipräsidenten Stiebler und des Offizierskorps erschien, wurde der Innenminister von den Offizieren und Mannschaften mit lautem Jubel begrüßt, spontan auf die Schultern gehoben und unter endlosen Hochrufen durch die Turnhalle getragen. Der Innenminister war von

dieser spontanen Huldigung völlig überrascht und brachte seinen herzlichsten Dank darüber zum Ausdruck, in der er in erster Linie ein Symptom des Geistes einer neuen Zeit und zwar des immer mehr sich durchsetzenden Gedankens der republikanisch-demokratischen Staatsform erblickte.

Genfer Entscheidungen fallen morgen.

Eine Ueberwachungsfrage.

V. Sch. Genf, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Saarfrage ist noch immer kein Fortschritt zu melden. Indessen wurde dieser Punkt auf die morgige Tagesordnung gesetzt, da man hofft, bis dahin eine Einigung zu erreichen und die Kraftprobe einer Abstimmung im Rat auf diese Art zu vermeiden. Ebenso wird der ostböhmerische Schulstreit erst am Sonnabend zur Beratung kommen, da über die Einzelheiten der Einigung weiter verhandelt werden muß. Endlich ist der ungarisch-rumänische Konflikt endgültig auf die Sonntagtagung verschoben worden, da es sich als unmöglich erwiesen hat, innerhalb weniger Tage eine Klärung der tatsächlichen und rechtlichen Seiten dieses Problems zu erzielen.

Infolge dessen beschäftigte sich die heutige Ratsitzung nur mit Nebenpunkten, von denen die Frage des Opiumhandels die relativ wichtigste war.

Ueber einen weiteren Gegenstand der Tagesordnung, von dem bisher kaum gesprochen wurde, der aber für Deutschland recht unangenehm ist, wird hinter den Kulissen noch eifrig verhandelt. Es handelt sich um die Ueberreichung der Liste der deutschen zivilen Flugzeugführer. Deutschland hat sich seinerzeit bei der Unterzeichnung des Luftfahrabkommens dazu verpflichtet, diese Liste beim Völkerbundsjektariat zu überreichen, jedoch zu einer Zeit, als das Investigationsrecht des Völkerbundes noch nicht geregelt war. Deutschland beschließt nun, daß diese von ihm geforderte Vertragserfüllung als eine erste Investigation aufgeföhrt werden könnte. Man ist daher bestrebt, in gutlichem Einvernehmen eine Ablegung dieses Gegenstandes von der Tagesordnung der jetzigen Session des Rates zu erzielen und die Wünsche der Gegenseite auf andere Art zu befriedigen. Darüber verhandelte im Laufe des gestrigen Tages schon während mehrerer Stunden Staatssekretär v. Schubert mit dem Berichterstatter des Rates über diesen Punkt, dem tschechoslowakischen Außenminister Benesch. Benesch hat sich nicht abgeneigt gezeigt, Deutschland entgegenzukommen und es wird zurzeit noch eine Einigungsformel gesucht.

Garantievertrag Sowjetunion/Lettland.

Ein Durchbruch durch die russische Selbstisolierung.

Moskau, 11. März. (Rth.) Das Mitglied des Volkskommissariats für Auswärtiges, Kraloff, und der lettische Minister des Aeußeren, Jielens, haben den Garantievertrag zwischen der Sowjetunion und Lettland paraphiert. Noch nicht in Ueder-einstimmung gebracht sind lediglich die Texte der Anhänge zum Vertrage, darunter der Text der Rote Lettlands über seine Beziehungen zum Völkerbund im Zusammenhang mit dem Garantievertrag. Die Verhandlungen über die Anhänge zum Vertrag wird der bevollmächtigte Vertreter der U.S.S.R. in Lettland, Lorenz, führen.

Fememordprozess Wilms.

Die Verteidigung beruft sich auf die Verfassung von Weimar!

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III begann heute unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Siegert der Fememordprozess Wilms, in dem sich wegen Mordes, Anstiftung zum Mord und Begünstigung folgende Angeklagte zu verantworten haben: Der kaufmännische Angestellte Oberleutnant a. D. Fritz Fuhrmann aus Potsdam, der Bergwerksvolontär, ehemalige Feldwebel Peter Umhofer aus Petershagen bei Berlin, der Landwirt Erich Klapprodt, der Direktor des Verbandes der Sandvolkgenossenschaft Oberleutnant

Mutter und Sohn.

Von M. Soschtschenko.

Ich habe dieses Gespräch wortgetreu aufgeschrieben. Und Gott strafe mich, wenn ich auch nur etwas übertrieben habe. Ich habe nichts übertrieben. Es ist alles genau so gewesen wie ich sage.

Das Gespräch fand im Gefängnis statt. Im Besuchsraum. Eine Mutter kam, ihren Sohn zu besuchen. Es war ein wahrhaft inniges Wiedersehen. Die Mutter weinte vor Freude und auch der Sohn schien sehr gerührt zu sein.

Nachdem die erste Wiedersehensfreude vorbei war, saßen sie beide nebeneinander auf einer Bank.

So, sagte der Sohn, da bist du also.

Ja, Wahinka, sagte die Mutter.

So, wiederholte er.

Besser Interesse schaute er auf die lahle, graue Wand, dann auf den Ofen, auf die Tür und richtete schließlich den Blick auf seine Stiefelspitzen.

So, sagte er zum dritten Male und seufzte.

Die Mutter seufzte auch und schaute sich im Zimmer um, während sie an den Franzen ihres wollenen Umhangtuches zupfte.

Da ja, sagte der Sohn und pufte sich geräuschvoll die Nase.

Nachdem saßen sie drei Minuten schweigend da. Endlich sagte der Sohn:

Weißt du, Mutter, die Besuchszeit ist neuerdings sehr verkürzt worden. 20 Minuten soll sie jetzt nur noch dauern.

Das ist aber wenig, sagte die Mutter vorwurfsvoll.

Ja, wirklich, das ist nicht viel, erwiderte er.

Ich denke, Wahinka, daß das sogar sehr wenig ist — 20 Minuten. Man kann sich ja nichts sagen, gar nichts...

Die Mutter schüttelte betrübt den Kopf und fügte hinzu:

Ra, ich werde schon gehen, Wahinka, es wird Zeit.

Ra gut, Mutter, geh.

Beide standen eifrig auf, seufzten und umarmten sich. Der Sohn sagte:

Ra ja. Gut. Besuch' mich doch mal, Mutter... ja, was wolle ich denn noch sagen? Ach so, raucht der Herd in der Küche immer noch?

Der Herd? Ja, Wahinka. Der raucht immer noch. Keulich war die ganze Wohnung voll Rauch...

So, ja... na, dann geh, Mutter...

Mutter und Sohn blickten einander liebevoll und zärtlich an und trennten sich.

(Aus dem Russischen von Nina Stein.)

Im Theater am Schiffbauerdamm findet am 13. abends 8 Uhr, die 200. Aufführung von Konrad Gradmal des unbekanntesten Soldaten in der Inszenierung von Berthold Viertel, mit Erna Burgin, Ernst Raabow, Robert Müller statt.

Französische Schauspieler im Theater des Westens.

Nach bevor die französischen Schauspieler gekommen waren, entstand ein Streit. Die Impresarios, die auf eine pompöse Reflektierung achteten, gaben alle französischen Schauspieler als Bongen der Comedie Francaise aus. Darauf wehrte sich der Direktor des französischen Nationaltheaters und schimpfte, weil durch die Bestreben der Impresarios der Name seines ehrwürdigen Hauses mißbraucht werde. Die Berliner Manager wurden etwas kleinlauter und dämpften auch das große Gerede von dem Locarno der Kunst, das durch dieses Gastspiel eingeweiht werden müßte. Hüben und drüben viel zuviel Großmäuligkeit, und die Tatsache allein besteht, daß die Franzosen bei uns ein wenig Ruhm und vielleicht auch ein wenig Geld erwerben möchten. Denn es geht den Theater in Paris miserabel und man ist gelegentlich froh, wenn man sich und seine Kunst für eine Weile egsperieren darf. Darum wollen wir gar nicht erst prüfen, wer Pensionär der Comedie Francaise ist und wer nicht, wir wollen nur sehen, wie die gastierenden Franzosen spielen.

Sie spielen am ersten Abend, ohne im Guten oder im Bösen aufzupagen. Sie führen mit sich das Fräulein Marie Bell — als Bediente — als Zugkraft oder Kanone, sagen die Manager. Fräulein Bell ist wirklich ein liebes Wesen, eine geschmackvolle und taktvolle Beherrscherin ihrer Gaben, sie spielt im Russischen Eingespield „Mit der Liebe soll man nicht spaßen“ jene spröde, verändelte junge Dame, die mit dem Kloster liebäugelt, weil sie den Anbeten quälen möchte. Traurig wird der Anbeten und tröstet sich mit einem unglücklichen Bauernmädchen. Die läche, naive Roseette nimmt das Spiel ernst und geht in den Tod, als sie erkannt, daß sie nur gepöppelt wurde. Die spröde und heuchlerische Liebhaberin fällt vor einer unglücklichen Leiche in Ohnmacht. Fürwahr, es wird sehr tragisch erwiesen, daß man mit der Liebe nicht scherzen darf.

Die Franzosen haben dieses kleine Theaterstück der Romantik für den ersten Abend ausermählt. Russet, der bezaubernde Versdichter und leidenschaftliche Lebenskünstler hat für das kleine und kleinstädtische Kammertheater so rührend langweilig und einmüdig gedichtet, daß die Hausväter in den Mädchenpenslonaten ihn heute noch bisittierend deklamieren dürfen, ohne daß ihre Tugend erschütter wird.

Trotzdem steckt mehr darin und dahinter. Es steckt auch in diesem Dramoleit die passionierte Romantikerlust, die Liebesenslonationen mit peiniger Grundlichkeit auszukosten. Da wir zum lebendigen Kunstgenuss und nicht zur phylologischen Betrachtung ins Theater gerufen wurden, müssen wir über das literaturhistorische Thema schweigen.

Max Barthel am Vortragstisch. Bei der Sozialistischen Arbeiterjugend im Bezirk Lichtenberg las Max Barthel aus eigenen Werken. In der Aula der Schule an der Parkaue hatte sich eine große Schar Jungsozialisten versammelt, um den proletarischen Dichter zu hören. Barthel ist kein Meister der Vortragstunft. Manche Verse konnte man sich viel länger und wärmergiger gesprochen denken. Am besten lag ihm der harte Rhythmus proletarischer Lieder und freie Prosa. Aber schließlich war ja auch der Sprecher Barthel unweilentlich; es kam auf den Dichter an. Diesem galt mit Reche die Begeisterung seiner

jünglichen Hörer. In dem Bericht vom Hamburger Jugendtag „Rote Fahnen und goldene Dichter“ formulierte er das Gesetz des Sozialismus und sein Ziel: Menschenerbrüderung, gegenseitiges Verstehen der fernsten Nationen, nicht durch die äußerliche Hilfe der Sprache, sondern durch das innere Wissen, daß jeder jedes Bruder ist. Doch Barthel ist kein ekstatischer Dichter. Er glaubt, er hofft; aber er sieht das Leben wie es ist. Das zeigte er in einer Erzählung „Rina und Carlos“, einer kleinen, fast sentimentalen Liebesgeschichte von nüchternster Struktur, die gerade durch die Selbsterständigkeit, mit der sie erzählt wird, pochte. Neben den Broschüren hörte man noch Gedichte aus dem Gedichtband „Volschaft und Befehl“. Umrahmt wurde die Veranstaltung von schönen Musikdarbietungen der Jungsozialisten.

Junge Franz, die in der „Komödie“ eine Matinee gab, hält die Mitte zwischen Kunst- und Amüsierlang. Angenehmes, bühnenwirksames Neuhäres. Geschmackvolle Kostüme. Sehr sichere Technik. Weiche, voll ausklingende Schwünge („Romanse“). In den Kompositionen wenig originelle Motive, viel Dagewesenes, viel Pantomime („Verschlossener Tempel“). Betonte Abhängigkeit von der Musik („Wälder“). Reizung zum Ritz („Stimme der Nacht“) und zu pikanter Rudimentarwirkung, die mit dem träumenden Blick der düsteren Rirwanaaugen zuweilen ein ulkiges Ensemble bildet („Ballade“). Alles in allem: ein zweifelloses überdurchschnittliches tänzerisches Talent, das leider auf falscher Fährte ist.

Mark Twains Illustrator, B. Richards, sprach in der Urania über „Humor in der Zeichnung“. Wer die außerordentlich vernünftigen Bilder kennt, die Richards zu Mark Twains Büchern geschaffen hat, und die, wenigstens in England und Amerika, fast ebenso berühmt geworden sind wie diese Bücher, mußte sich viel von dem Vortrag versprechen. Leider wurde er enttäuscht. Richards, der die deutsche Sprache durchaus beherrscht und der sehr gut zusammenhängende Ausführungen hätte geben können, begnügte sich mit Randbemerkungen zu schwerwollen Lichtbildern. Zuerst erblickte da der Zuhörer Köpfe von Generalen und Heerführern, die in „großen Krieg“ Richards die „anständigen“ Gefinnung oder so ähnliches bezeugt hatten, dann fünfjährige Zeitungsillustrationen Richards aus eben dieser großen Zeit. Bisweilen sah allerdings hier schon der Karikatursitt durch die Kriegsbegeisterungstünche, und der gab dann einige Physiognomien, die jah aus diesen fünf-sentimentalen Szenen herausstachen. Das schlimmste aber war, daß zu allen diesen Bildern Klavierbegleitung erklang. „Wah! denn zum Städtels hinaus“, Solostücke, Choralklänge zu einem Kirchenbild, schlimmste Vorstadtklamusik. Vermutlich hatte der Pianist sich die Werke nach solchen „künstlerischen“ Titelnbildern herausgesucht, wie sie später im Lichtbild als „Gebrauchsgraphik“ empfohlen wurden. Denn Richards hatte eine ganz edle Absicht: er wollte über den Beruf des Zeichners sprechen und seine Aussichten in Amerika, und er sagte darüber manches Geschickte und gewiß auch manches praktisch Wertvolle. Aber die Illustrationen zu seinen Ausführungen muteten wie parodistische Ergänzungen dazu an. Nur einige wenige Bilder standen auf höherem Niveau.

Emanuel Moor wird sein Doppelaktier im Theater am Schiffbauerdamm für April am 12. abends 7 1/2 Uhr, einem größeren Kreis von Zuhörern vorführen. Der Zutritt ist unentgeltlich.

a. D. Paul Schulz, der Chemiker Dr. Ing. Kurt Stantien, Oberleutnant der Reserve aus Berlin, der kaufmännische Angefallene Oberleutnant D. L. a. D. Adolf Budzinski aus Berlin-Henningsdorf und der Landwirt Leutnant a. D. Henning v. Poser aus Cambis in Pommern.

Die Anklage wurde vom Ersten Staatsanwalt Rombrecht und Staatsanwalt Besser vertreten. Zu der Verhandlung sind Vertreter des Ministeriums des Innern und des Justizministeriums erschienen. Bei der Feststellung der Verteidiger durch den Vorsitzenden ergab sich, daß Rechtsanwalt Dunder die Verteidigung des Angeklagten Schulz niedergelegt hat.

Die Verteidigung lehnt das Gericht ab.

Darauf erhob sich Rechtsanwalt Dr. Puppe und erklärte: Die Verteidigung steht sich gezwungen, den Antrag zu stellen, daß die Sache an das ordentliche Schwurgericht verwiesen wird. Warum ist dem ordentlichen Schwurgericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bombe die Sache nicht überwiesen worden? Man munkelt hier im Gebäude, daß die Angeklagten ihren ordentlichen Richtern entzogen werden sollen. Es fiel uns sofort auf, daß die Erklärungsfrist für die Anklage nicht verlängert wurde. Ich behaupte, daß der Landgerichtspräsident besondere Anweisungen vom Justizministerium hatte. Ich verlange ferner den Arbeitsplan des ordentlichen Schwurgerichts. Auffallend ist, daß Landgerichtsrat Vorbaum, der ordentliches Mitglied des ordentlichen Schwurgerichtes ist, nirgendwo zu sehen ist. Ich erwarte vom neuen Justizminister, daß er Herrn Oberjustizrat Birch und Herrn Landgerichtsrat Vorbaum die Genehmigung zur Aussage gibt.

R. M. Dr. Sad: Ich erinnere an den Landsberger Prozeß, wo plötzlich Herr Oberjustizrat Birch aus dem Justizministerium erschien und nach einer sehr lebhaften Aussprache mit dem Oberstaatsanwalt Rohlf, nahm dieser plötzlich die Anträge des Nebenklägers auf. Die Mitglieder dieses Gerichtes sind bestellt worden, ohne daß man auf den Geschäftsplan des Schwurgerichtes irgendwelche Rücksicht nahm. Für uns besteht die Frage, ob hier ein Eingriff in die Rechtspflege, in § 105 der Reichsverfassung oder des Gerichtsverfassungsgesetzes besteht. Wir bejahen diese Frage. Dr. Sad beantragte, die Sache dem ordentlichen Schwurgericht zu überweisen.

Justizrat Hahn betonte, daß nach der Verfassung niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden dürfe. Der preussische Ministerpräsident habe gegen die Mitglieder des Schwurgerichtes im Falle Bombe schwere Anklage erhoben, sie hätte durch Ausschluß der Öffentlichkeit sich schuldig vor die Angeklagten gestellt. Kammergericht und Reichsgericht hätten den Beschluß des Schwurgerichtes gebilligt. Der Verteidiger wies ferner auf den Landsberger Femeleprozeß, wo die Angeklagten elf Monate auf die Verhandlung gewartet hätten. Zwischen Justizminister und Landgerichtspräsident hätten Besprechungen darüber stattgefunden, daß die Herren Bombe, Friede und Vorbaum in diesem Schwurgericht nicht mitwirken dürften. Der Landgerichtspräsident solle als Zeuge darüber gehört werden, daß die Tagung des außerordentlichen Gerichtes nicht nötig gewesen sei, und daß das Justizministerium dies verfügt habe aus politischen Gründen, weil es Angst vor der Öffentlichkeit gehabt habe, wenn das ordentliche Schwurgericht die Sache erhielt.

Rechtsanwalt Bloch schloß sich den Anträgen an. Bekannt sei, daß in dieser Jahr und Tag dauernden Sache der Entwurf der Anklage wiederholt dem Minister eingereicht werden mußte und jedesmal zurückkam mit dem Bemerkten, daß er erweitert werden muß. Das ist in der deutschen Justiz bisher noch nicht vorgekommen. Die Angeklagten fordern nicht die ersehnte Bombe-Kammer, sie fordern ihren ordentlichen Richter.

Justizrat Schmidt lehnte das Gericht ebenfalls ab.

Oberstaatsanwalt Rombrecht bat, den Antrag abzulehnen. Es handele sich nicht darum, den Angeklagten die verfassungsmäßigen Richter zu rauben. Dagegen, daß dem Justizminister der Anklageentwurf überreicht sei, sei rechtlich aus § 146 des Gerichtsverfassungsgesetzes nichts einzuwenden. Zeugen zu diesen Vorwürfen könnten aus rechtlichen Gründen nicht vernommen werden. Weiter will ich jetzt nichts sagen.

Justizrat Hahn: Diese Ausführungen beweisen, daß hier Ministerialjustiz betrieben wird, die wir ablehnen.

Erster Staatsanwalt: Ich muß es ablehnen, über die Gründe Rechenschaft zu geben, die zur Einsetzung dieses Gerichtes führten. Das ist Aufgabe meiner vorgesetzten Behörden.

Das Gericht zog sich hierauf zur Beratung zurück.

Der Antrag abgelehnt.

Nach längerer Beratung vertündete Landgerichtsdirektor Siegert die Ablehnung des Antrags, weil das außerordentliche Schwurgericht nicht die Maßnahmen der Justizverwaltung nachzuprüfen habe.

Rechtsanwalt Dr. Sad: Ich lege die Verteidigung von Fuhrmann und Umhofer nieder. Er lehnt im übrigen auch Justizrat Hahn, Landgerichtsdirektor Siegert, Landgerichtsrat Schuster und Landgerichtsrat Villenthal als Befangen ab. Justizrat Hahn begründet die Ablehnung mit der Erklärung, es komme lediglich darauf an, ob vom Standpunkt des Ablehnenden aus vernünftige Gründe für die Annahme vorliegen, daß der Richter befangen sei, es komme nicht darauf an, daß tatsächlich eine politische Beeinflussung der in das außerordentliche Schwurgericht berufenen Mitglieder erfolgt sei.

Landgerichtsdirektor Siegert: Ich für meine Person erkläre, daß ich vollkommen unbefangen bin. Auch die beiden anderen Richter gaben dieselbe Erklärung ab.

Darauf verließ das Gericht den Saal. Es trat nun unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Lehmburg die zweite Strafkammer des Landgerichtes III zusammen, die zur der Ablehnung Stellung zu nehmen hatte.

Für die Verteidigung trug Rechtsanwalt Sad nunmehr die Ablehnungsgründe erneut vor.

Justizrat Hahn erklärte: Wenn ich als Justizverwalter nach Bestehen außerordentliche Gerichte einsetzen kann, dann kann ich ganz nach meinem Willen politische Gegner einfach erledigen. Wenn ein Gericht erklärt, daß es solche Justizverwaltungsmaßnahmen nicht nachzuprüfen habe, so verliert es gegen die Verfassung.

Rechtsanwalt Bloch: Die Tatsache der Einsetzung des außerordentlichen Schwurgerichtes hat bei den Angeklagten wie eine Bombe den Saal eingestiegen, nicht wie eine Bombe der Bombe-Kammer.

Erster Staatsanwalt Rombrecht: Ueber die Gründe, die zur Einsetzung des außerordentlichen Gerichtes führten, zu sprechen, habe ich nicht nötig. Die Ablehnung der drei Richter ist nicht genügend begründet, und ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Vors. Landgerichtsrat Lehmburg: Bisher kann ich nur feststellen, daß konkrete Tatsachen, die den einzelnen Richter als Befangen erscheinen lassen, nicht vorgetragen sind.

Rechtsanwalt Schmidt: Dadurch, daß die Richter den Beschluß der Justizverwaltung deuten, haben sie selbst gegen die Verfassung verstoßen.

Auch der Befangenheitsantrag abgelehnt.

Nach einer etwa halbstündigen Beratung lehnte das Gericht den Antrag der Verteidigung ab. Ueber die Befangenheit einer besonderen Schwurgerichtsperiode habe das Justizministerium zu befinden, im übrigen schreibe das Gesetz vor, daß die Einberufung vor sich gehen könne, soweit dies erforderlich ist. Daraufhin entfernte sich das Gericht, die früheren drei Richter nahmen ihre Plätze wieder ein und Landgerichtsdirektor Siegert fuhr in der Verhandlung fort.

Rechtsanwalt Dr. Puppe bat darauf um Pause, da die Verteidiger sich über die neue Situation besprechen müßten.

Landgerichtsdirektor Siegert fragt, worüber die Besprechung stattfinden solle; er sehe keine Veranlassung zu einer Pause. Die Verteidiger beschränkten sich darauf, um Eröffnung der Mittagspause zu bitten.

Das Gericht beschloß so.

Zigeunererkämpfe am Gesundbrunnen.



Die Berliner Kriminalpolizei fährt wieder mal einen heftigen Kampf gegen einige Zigeunerbanden, die sich mitten in Berlin auf alten Hauptläden mit ihren Wagen niedergelassen haben. Die Weltstadt scheint auch auf diese Nomaden eine starke Anziehungskraft auszuüben, jedenfalls scheint sie ihnen mehr Verdienstmöglichkeiten zu bieten als die kleinen Städte oder das flache Land. Diesmal handelt es sich um eine Zigeunergruppe, die auf einem freien Gelände an der Ecke Schwedter Straße und Behmstraße am Bahnhof Gesundbrunnen ihre Wagen aufgestellt hat und gegen ein anderes Zigeunerlager eine heftige Fehde führt. Das alles spielt sich mitten in Berlin ab, Ursache sind die Frauen. Die Stämme beschuldigen sich gegenseitig, daß die Männer verführen, Frauen und Mädchen in ihr Lager herüberzulockern. Beim Versuch allein soll es auch oft nicht geblieben sein. Mehr oder weniger blutige Auseinandersetzungen sind dann immer die Folgen. Die Polizei hat schon mehrmals versucht, die Ordnung wiederherzustellen und Leute, die in der Gegend wohnen, wollen beobachtet haben, daß Schüsse und Steinwürfe auf Eisenbahnzüge aus dem Lager an der Schwedter Straße und Behmstraße herrührten. Das gab kürzlich Veranlassung, dieses Lager einmal genauer zu untersuchen. Als Kriminal- und Schupobeamte erschienen, war gerade wieder einmal ein heftiger Streit entbrannt.

Schon griffen sich einige Männer an die Kehlen, während andere noch mit Äxten und Beilen bereitstanden. Die Durchsuchung förderte Schlagringe und ähnliches Kampfgerät, an Schußwaffen aber nur einen alten verrosteten Revolver zutage, aus dem neuerdings nicht geschossen worden sein kann. Ausgeschlossen ist natürlich nicht, daß aus nicht gefundenen Pistolen doch einmal eine Kugel einen Stadtbahnzug getroffen hat, während sie Begnern des feindlichen Stammes zugebacht war. Auch Steine mögen wohl ihr eigentliches Ziel verfehlt haben. Mit anderen verfuhr das Mädchen, um das der neue Kampf entbrannt war, während der Durchsuchung des Lagers zu verschwinden. Alle aber wurden von den Kriminalbeamten wieder herangeholt. Die Besuche der Polizei scheinen aber den Invasoren des Winterquartiers nicht mehr zu bedagen. Zwei Wagen rückten sofort ab und man hofft, daß ihnen die anderen binnen kurzer Zeit folgen werden. Der Winter scheint ja nun auch vorbei zu sein und der Frühling lockt zum Wandern.

Ein Zigeunerlager wurde heute morgen zwischen 6 und 7 Uhr am Zigeunerweg in Reinickendorf-Ost von Beamten des 21. Reviers durchsucht. Man fand fünf Männer und eine Frau, die dort Unterschlupf gefunden hatten. Wo sie herkamen und weshalb sie sich verborgen hielten, wird noch näher untersucht.

Ueberraschte Einbrecher.

Unter Zurücklassung des „Handwerkszeuges“ entwischt.

Geldschrankeinbrecher hatten es in der vergangenen Nacht ohne Zweifel auf die Reichsschuldenverwaltung abgesehen. Ein Mann hatte beobachtet, daß in dem Seitensügel des Hauses Dranienstraße 104, in dem er wohnt, die Bodentür aufgeschloßen und daß jemand durch die Luke auf das Dach hinausgefliegen war. Er benachrichtigte zwei Streifenbeamte des 106. Reviers, die sofort die Ermittlungen aufnahmen.

Man zweifelte nicht daran, daß Geldschranknader über die Dächer hinweg der Reichsschuldenverwaltung einen Besuch machen wollten. Diese gehört zu dem Häuserblock, der von der Dranien-, Alten Jakob-, Feiner- und Lindenstraße begrenzt wird. Die beiden Beamten holten von der Revierwache noch Verstärkung und das Ueberfallkommando heran. Alle Gebäude des Blockes wurden von den Dächern bis zu den Kellern hinab durchsucht, die Einbrecher wurden aber nicht mehr gefunden. Hinter einem Schornstein auf dem Dach des Hauses Lindenstr. 36 entdeckte man nur noch zwei lacklederne Koffer und eine elegante Altentafel, Behältnisse, wie sie gewerbsmäßige Geldschrankeinbrecher zu tragen pflegen, um unauffällig ihre Werkzeuge mitzuführen zu können. Koffer und Tasche enthielten den auch sehr gutes „Handwerkszeug“ in großer Menge, Sauerstoffgebläse, Brenner, Knabber usw. Die Einbrecher, nach den aufgefundenen Spuren zwei oder drei Mann, hatten alles im Stich lassen müssen, aber doch durch einen der vielen Ausgänge des Häuserblocks unbemerkt das Freie gewonnen. Die große Suche verurteilte trotz der späten Stunde erhebliche Aufregung. Alles, was in den Häusern wohnt, war auf den Beinen. Beamte des Geldschranknaders untersuchten die Gebäude heute früh noch einmal, um aus der Art des Vorgehens der Flüchtigen vielleicht einen Anhalt zu ihrer Ermittlung zu finden.

Schweres Autounglück bei Potsdam.

Ein schweres Autounglück, bei dem eine Person getötet, zwei weitere schwer verletzt wurden, ereignete sich heute vormittag etwa 200 Meter vor Redlig bei Potsdam. Der Inhaber des Restaurants „Schwefelhäuschen“, Birckholz, befand sich mit seinem Sohn und zwei weiteren Fahrgästen von Potsdam auf der Fahrt nach Rommels. Kurz hinter der Artillerie-Lafette, etwa 200 Meter vor Redlig, plagte ein Vorderreifen. Das Auto überschlug sich mehrmals und ging vollständig in Trümmer. Birckholz konnte nur noch als Leiche geborgen werden. Sein Sohn und ein noch unbekannter Fahrgast wurden schwer verletzt und mußten in das dortige Krankenhaus geschafft werden.

Berliner Abend.

Die vom Bezirksamt Berlin-Mitte veranstaltete Vortragsreihe „Berlin in Wort, Bild und Lied“ ist nun bei der Gegenwart angelangt. Am Mittwoch las Dr. Franz Bederer Vorträge über „Das moderne Berlin in Dichtung und Musik“ wieder eine zahlreiche Zuhörerschaft nach den Musikern in der Kaiser-Wilhelm-Straße. Einleitend richtete Bürgermeister Genosse Schneider von Berlin-Mitte einige Worte an die berlinfreundliche Gemeinde, die sich da versammelt hatte. Mit berechtigter Freude konnte er den Erfolg dieser Berliner Abende feststellen, die den Berlinern einmal ihr Berlin zeigen sollten. Der Bürgermeister begrüßte eine Reihe vornehmlicher Dichter und Komponisten des neuesten Berlin, die auf Einladung an der Veranstaltung teilnahmen. Dr. Bederer führte ein in Dichtung und Musik des Zeitabschnittes von 1890 an, der vielen noch aus eigenem Erleben in Erinnerung ist. Im Plauderton erzählte er von den damals jüngsten Poeten, die heute zu den Alten gehören, den vorwärtsdrängenden Naturalisten. Aus der Berliner Operette, von der die alte Berliner Lokalpresse sich hatte beiseiteschieben lassen, und aus der Blut von Langliedern, die dem Berliner jener Zeit zusagten, gab das Sängerpärchen Charlotte Freyer und Alexander Fleßburg manche wirkungsvolle Probe. Aber auch protest-unsinnige Erzeugnisse, wie „Im Grunewald ist Holzauktion“, „Alle, alle, Pantom“ und ähnliche „Schlager“ tollten an dem Ohr des lächelnden Zuhörers vorüber, damit

der „Berliner Geist“ gewissenhaft von allen Seiten beleuchtet würde. Nach diesen Ausartungen, die nicht fehlen durften, konnte der Vortragende wieder mit wertvolleren Gaben der Berliner Dichtung erfreuen. Von dem Humor Erdmann Gräfers und Hans Brenneris bot er ein paar schöne Proben. Bei einigen der Liebesvorträge wirkten die amüsanten Komponisten (Einodshof, Viktor Holländer und andere) selber mit, indem sie die Begleitung übernahmen. Alles in allem: ein anregender, gemüthlicher Abend, der fast wie ein Familienfest wirkte. Die Zuhörer sorgten nicht mit ihrem Beifall.

Anreißerterror in der Rosenthaler Straße.

In der Rosenthaler Straße und am Rosenthaler Platz haben sich in den letzten Jahren ganze Kolonnen von Anreißern niedergelassen, die Straßenpassanten und Kaufstübe belästigen und verführen, sie in recht zweifelhaften Geschäfte zu laden. Besonders vor den großen Konfektionshäusern stehen ganze Kolonnen, die in Spanner und Anreißer eingeteilt sind. Ein Spanner steht in der Nähe des Polizeireviers, um wenn Schupostrafen kommen, Nachricht geben zu können. Strohenpassanten, die sich gegen die Anreißer wehren, werden beschimpft. Die Konfektionsgeschäfte stehen vollständig unter dem Terror dieser Kolonnen. Niemand, der die Läden betreten will, bleibt unbefragt. Das Personal der Geschäfte wird von den Anreißern täglich bedroht. So wird uns berichtet, daß der Geschäftsführer eines Konfektionshauses, der die Anreißer bei der Polizei namhaft gemacht hatte, in seinem Laden von vier Leuten bedroht wurde. Es wurde ihm versichert, wenn er noch einmal solche Anzeige mache, bekäme er ein Messer in den Leib. Sehr häufig haben die Anreißer Glück. Passanten, in der Hoffnung, einmal billig kaufen zu können, folgen den Anreißern. Sie werden dann nach der Brunnenstraße oder nach einer der umliegenden Nebenstraßen verschleppt. Es wird ihnen auch meist angedeutet, daß die Anzüge so billig wären, weil die Waren gestohlen sind. Die Geschäfte, die als Engrosgeschäfte bezeichnet werden, sind keine offenen Geschäfte. In einem Hinterhaus haben die „Geschäfte“ ein Zimmer gemietet und halten dort einige Anzüge zum Verkauf bereit. Das Geschäft der Anreißer muß sehr rentabel sein. Täglich entstehen neue Firmen, die mit Anreißern arbeiten. Bisher sind elf Firmen festgestellt, die solche Anreißer beschäftigen. Die Polizei, die auf Grund der Beschwerden einmal fester zugepackt hatte, mußte feststellen, daß sich diese Anreißer durch Geld- und Gefängnisstrafen nicht von ihrem Gewerbe abschrecken lassen.

Der Polizei ist es in der Schönhauser Straße gelungen, ähnliche unwürdige Zustände zu beseitigen. Warum gelingt es nicht auch in der Rosenthaler Straße?

Dachstuhlbrand in einer Schule. Ein großer Dachstuhlbrand kam gestern nacht gegen 12 Uhr in der Gemeindeschule Amtsstraße 1 in Köpenick zum Ausbruch. Auf den Alarm eilten die Wehren von Köpenick, Adlershof und Niederschöneweide unter Leitung des Branddirektors Pozdgiach herbei. Das Feuer, das vermutlich durch Unvorsichtigkeit entstanden war, hatte inzwischen erhebliche Ausdehnung angenommen. Aus den Bodenluken schlugen bereits hohe Flammen hervor. Ueber die völlig verqualmten Treppen und eine mechanische Leiter wurde das Feuer mit vier Schlauchleitungen angegriffen. Nach mehr als einstündigem Wassergeben war die Hauptgefahr beseitigt. Nach Beendigung der Aufräumarbeiten rückten die Wehren gegen 1/3 Uhr morgens, unter Zurücklassung einer Brandwache, ab. Der Dachstuhl ist vollständig vernichtet, der Feuer- und Wasserschaden sehr erheblich.

19 goldene Hochzeiten in einem Dorf. In einer kleinen Schulstadt der englischen Grafschaft Leicester mit 5000 Einwohnern fanden am Mittwoch 19 goldene Hochzeiten statt. Einer der Jubelpaare hatte 15 Kinder. Das gesamte Alter der Hochzeiter beläuft sich auf 2767 Jahre.

„Voll und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Ringelböfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Götter; Revolution: Dr. John Schürmann; Volkes- und Contingens: Feig Karhöf; Anzeigen: H. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Socopolis-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Socopolis-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstr. 11.

BILLIGE-ANGEBOTE

Strümpfe

Damen-Strümpfe 95 Pf.
Baumwolle, schwarz u. farbig, Doppelschla, Hochferse

Damen-Strümpfe 145 Pf.
prima Seidenferse oder Make

Damen-Strümpfe 195 Pf.
Kunstseide, schwarz und farbig

Herren-Socken 68 Pf.
Baumwolle, einfarbig

Herren-Socken 95 Pf.
Jacquard-Muster

Damen-Strümpfe 45 Pf.
Baumwolle, schwarz und farbig

Weisswaren

Spachtelkragen 60 Pf.
gerade Form

Morgenhauben 65 Pf.
in viel. Farben, mit Valenciennespitze und Einsätze garniert

Spachtel-Westen 190 Pf.
mit Crêpe de Chine

Crêpe de Chine-Westen 225 Pf.
mit Sämannchen

Spitzen und Stickereien

Klöppelspitzen 12 Pf.
und Einsätze, 5 cm breit, in verschiedenen Mustern

Stickereien 55 Pf.
in verschied. Mustern, ca. 18 cm breit

Stickereien 55 Pf.
in verschied. Mustern, 5 cm breit, 2,80-m-Coupen

Stickerei-Hemden 95 Pf.
passen, in verschiedenen Ausführungen

Trikotagen

Damen-Schlüpfer 195 Pf.
Kunstseide, in vielen Farben

Hemdhosens für Damen, 125 Pf.
Baumwolle, Windelform, weiss und farbig

Einsatzhemden 245 Pf.
für Herren, moderne Einsätze

Herren-Hemden 245 Pf.
makotfarbig

Herren-Hosen 195 Pf.
makotfarbig

Damen-Schlüpfer 95 Pf.
Baumwolle, farbig

KLEIDERSTOFFE

Schotten 125 Pf.
ca. 100 cm breit, in neuen Stellungen

Wollmusselin 165 Pf.
bedruckt, ca. 80 cm breit, gute Qualität

Wollbatist 175 Pf.
einfarbig, in vielen Farben

Popeline Reine Wolle 190 Pf.
doppeltbreit

Schotten Reine Wolle 195 Pf.
aparte Muster

Serge 295 Pf.
Reine Wolle, doppeltbreit

Rips Reine Wolle 550 Pf.
ca. 150 cm breit, in neuen Frühjahrfarben

Shetland 590 Pf.
Reine Wolle, ca. 160 cm breit

Waschstoffe

Zephir gestreift 55 Pf.
Meter

Musseline Baumwolle, in grosser Muster-
auswahl 78 Pf.
Meter

Pulloverstoffe strickartig Gewebe 95 Pf.
Meter

Kleidercreplin in hübschen Mustern 110 Pf.
Meter

Waschseide Kunstseide m. Baumwolle, 125 Pf.
Meter

Fresko einfarbig, ca. 100 cm breit 145 Pf.
Meter

Waschseide (Kunstseide), neue Blumen-
muster 165 Pf.
Meter

Kunstseide mit Baumwolle, neue Muster, 190 Pf.
Meter

Foulardine ca. 100 cm breit, mit Haldenlang,
in hübschen Mustern 245 Pf.
Meter

Waschseide (Kunstseide), doppeltbreit,
aparte Druckmuster 285 Pf.
Meter

Crêpe marocain ca. 100 cm breit,
schöne Muster, Mtr. 285 Pf.
Meter

Voilvoile Schweizer, ca. 110 cm breit, Neu-
heiten für Kleider 290 Pf.
Meter

SEIDENSTOFFE

Kunstseiden-Trikot 95 Pf.
viele Farben

Damast 190 Pf.
für Mantel- und Jackenfutter

Bastseide 425 Pf.
bedruckt, ca. 80 cm breit, neue Muster

Helvetia-Seide 475 Pf.
bedruckt, ca. 80 cm breit, aparte Muster

Kleiderseide 560 Pf.
schwarz, ca. 80 cm breit, gute Qualität

Crêpe de Chine 590 Pf.
doppeltbreit, in vielen neuen Farben

Mantelseide 650 Pf.
schwere Qualität, schwarz

Crêpe de Chine 690 Pf.
bedruckt, ca. 100 cm breit, aparte Muster

HERMANN TIETZ Belle-Alliance-Str. Kottbuser Damm

Zur Einsegnung

Jugendweibe-Anzug (Melion) 17.—, 19.—, 24.—, 29.—
Jugendweibe-Anzug (Cheviot) 29.—, 34.—, 39.—, 43.—
Jugendweibe-Anzug (Kammg.) 35.—, 40.—, 45.—, 52.—

Prüfungsanzüge aus gemust. haltbaren Stoffen von Mk. 24.— an
Herren-Anzug aus festem, haltbarem Stoff Mk. 25.—, 31.—, 33.—
Herren-Anzug, Kammgarn, dunkelblau, 1- und 2-reihig, reine Wolle,
erstklassige Zutaten, moderne Verarbeitung 59.—, 68.—, 75.—, 85.—
Windjacken sowie Berufskleidung sehr preiswert

Wir gewähren

Zahlungserleichterung!

Unser Prinzip „Vertrauen gegen Vertrauen“ ermöglicht jedem, sich gut und billig zu kleiden.

Gebr. Goldmann
Neukölln, Berliner Straße 35-39
im Neubau



Schützt Eure Bücher!



Bücherschrank in Eiche
Mk. 39,00
1,02 m hoch, 0,70 breit,
in hell. braun ober
dunkel. Auch größer,
im Lager. Versand
nach auswärts.
H. Meckelburg,
Bismarck-Str. 10
Berlin-Kreuzberg
Grützstraße 50.
Tel. Rosinplatz 8048
Geöffnet von 7-7 Uhr

Krause-Pianos
zur Miete
W 18, Ansbacherstr. 1

Einladung

zur Eröffnung der

TGCC

Große Frankfurter Str. 126, Ecke Koppenstr.

Sonnabend, d. 12. März, nachm. 2 Uhr

Was ist TGCC?

TGCC ist der Inbegriff der Billigkeit u. guten Qualität!

Was bringt TGCC?

TGCC bringt der Damenwelt die schönsten und modernsten Kleiderstoffe in Wolle, Samt und Seide!

Was leistet TGCC?

TGCC leistet das Höchste an Preiswürdigkeit, denn TGCC verkauft mit kleinstem Nutzen u. liefert beste Qualität!

Was bietet TGCC?

TGCC bietet die größte und farbenprächtigste Auswahl in allen Stoffarten!

Was heißt TGCC?

TEXTIL-GESELLSCHAFT CONRAD
M. B. H.
Haus größten Stils für Kleiderstoffe, Wolle, Samt, Seide
Große Frankfurter Straße 126, Ecke Koppenstraße

Jeder Kunde erhält anlässlich der Eröffnung ein Geschenk

Volks-Filmbühne

Bergstr. 147 NEUKÖLLN Bergstr. 147

Von Freitag, d. 11. bis Sonntag, d. 13. März:

Zwei Großfilme

Arme kleine Hedwig

nach dem bekannten Drama
Die Wildente von Henrik Ibsen
in den Hauptrollen:
Werner Kraus, Lucie Höflich usw. — Ferner:

Afrika

Eine Filmexpedition
durch den dunklen Erdteil. — 6 Akte.

Spieltage: Freitag, Sonnabend, Sonntag. Beginn der
Vorstellungen: Wochentage 7 und 9 Uhr, Sonntage 6, 7 und 9 Uhr.
Einheitspreis auf allen Plätzen 0,80 Mark.
Verantwortliche Leitung: Arbeiter-Film-Genossenschaft e. G. m. B. H.

J. Baer, Berlin N20

Badstraße 26, Ecke Prinzenallee

Neuheiten für die Frühjahrssaison

in Herren- und Knabenmoden

Fertig und nach Maß

Einsegnungs-Anzüge
von Mk. 18.— an

Sport- und
Berufskleidung

Trotz billiger Preise nur Qualitätsware
Beachten Sie bitte meine Schaufenster

Besonders wirksam sind die
KLEINEN ANZEIGEN
in der Gesamtauflage
des „Vorwärts“ und
billig!

Schwarze Listen.

Das morallose Kapital.

Groß ist die Not der Arbeitslosen. Nur die Hoffnung, doch endlich mal wieder Arbeit zu bekommen, um die zerrütteten Verhältnisse wieder in Ordnung zu bringen, wieder mal sich satt essen zu können, Frau und Kind nicht so dem Elend preisgegeben zu sehen, hält sie aufrecht, und doch ist eine große Zahl unter ihnen, die selbst diese Hoffnung nicht mehr haben. Erschütternd sind die Klagen, die oft erstklassige, rüstige Facharbeiter, intelligente, hochqualifizierte Angestellte ihren Organisationen unterbreiten, daß es ihnen trotz bester Zeugnisse nicht mehr möglich ist, Arbeit zu bekommen; auch die durch den Arbeitsnachweis vermittelte Stelle kann den Unternehmer nicht zur Einstellung veranlassen. Die stereotype Antwort bei der Bewerbung: „Sie bekommen Nachricht“ wird gegeben. Diese kommt nach eingehenden Erkundigungen. Eine geringfügige Unregelmäßigkeit in einer früheren Stellung, eine entsprechende Antwort auf unberechtigte Vorwürfe, Benutzung eines Werkzeugs oder Materials für eigenen Bedarf usw. genügt, um die Nachricht im negativen Sinne ausfallen zu lassen. Wehe dem Funktionär der Gewerkschaft, wenn er für die Rechte seiner Kollegen eingetreten ist! Eine Anfrage im Bureau des Unternehmerverbandes und unter nichtlagenden Lebensarten und bedauerndem Aufschub kann er die Tür von draußen zumachen: Er steht auf der schwarzen Liste!

Alle Hinweise der Arbeiterverbände nützen nichts. Man bestreitet einfach die Existenz der schwarzen Listen. In letzter Zeit scheinen sich die Unternehmer aber schon so stark zu fühlen, daß sie auch das Bestreiten nicht mehr nötig haben. Auch die vertraulichen Mitteilungen an die Mitgliedsfirmen sind in einem rationalisierten Betriebe verschwendeter Energieaufwand. Eine Notiz im Fachorgan, wie folgendes Beispiel zeigt, genügt. Der „Radiohändler“, Fachblatt für den Handel mit Radioteilchen, Rundschau über die gesamte Radiotechnik, veröffentlicht folgende Notiz des Reichsverbandes Deutscher Funkhändler G. V.:

Unzuverlässige Arbeitskräfte.

Bei der Geschäftsstelle wird ein Verzeichnis derjenigen Angestellten (einschließlich Monteure, Arbeiter, Lehrlinge usw.) geführt, die sich bei unseren Mitgliedern als unzuverlässig erwiesen haben. Wir bitten daher unsere Mitglieder, uns alles über unzuverlässige Arbeitskräfte vorhandenes Material regelmäßig sofort zur Registrierung einzusenden, damit der Handel vor solchen Arbeitnehmern geschützt wird. Weiterhin bitten wir unsere Mitglieder, bei Neueinstellungen von Arbeitskräften bei uns Rücksprache zu halten, ob irgendwelches Material gegen die einzustellenden Personen bei der Verbandsgeschäftsstelle vorliegt. Bei reger Mitarbeit aller Beteiligten dürfte sich mit der Zeit sehr wertvolles Material ansammeln.

Der schwerste Verbrecher, wenn er seine Strafe verbüßt hat, ist aller Schuld frei. Das Kapital vergibt dem Arbeiter niemals. Nur der Wächter beugt sich das Kapital, auch der Wächter der gewerkschaftlichen Organisation. Das ist gegenüber einem so kostspieligen Verfahren festzuhalten.

Reichsbahn gegen Einheitsverband.

Wie Falscheide konstruiert werden.

Aus Oppeln wird uns geschrieben: Mit welchen Mitteln die Reichsbahndirektion Oppeln gegen den Einheitsverband der Eisenbahner arbeitet, zeigte ein Prozeß, der in den letzten Tagen vor dem Oppelner Schöffengericht verhandelt wurde. Angeklagt war der Vorstandsmitglied R. wegen fahrlässigen Falschweides. Die Anklagebehörde, und hinter dieser die Reichsbahndirektion Oppeln, wollte dem Angeklagten nachweisen, daß er in einem Prozeß gegen die Reichsbahndirektion Oppeln vor dem Gewerbegericht Oppeln einen Falschweid geschworen habe. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Im Frühjahr 1925 wurden eine größere Anzahl Bedienstete der Eisenbahnbetriebswertstadt Beistretscham entlassen. Im Herbst desselben Jahres verfügte aber wieder die Reichsbahndirektion, daß sämtliche Arbeiter, mit Ausnahme des Angeklagten und noch zwei anderer Schloffer, eingestellt werden können. Auf die Beschwerde der Bezirksleitung des Einheitsverbandes erhielt diese von der Reichsbahndirektion die Antwort, daß die drei Entlassenen nicht

wieder eingestellt werden können, weil sie im Betriebe für den Einheitsverband agitiert hätten, wobei behauptet wurde, daß der Angeklagte wie auch die beiden anderen Schloffer im Betriebe während der Arbeitszeit öffentliche Versammlungen abgehalten hätten.

Gegen diese Behauptung der Reichsbahndirektion kämpften die Betroffenen mit Recht an. Die Reichsbahndirektion wurde nun vor dem Gewerbegericht Oppeln auf Wiedereinstellung verklagt. Vor dem Gewerbegericht hielt die Reichsbahndirektion ihre Angaben aufrecht. Nachdem der Vorsitzende des Gewerbegerichts Oppeln den Vertreter der Reichsbahndirektion darauf aufmerksam gemacht hatte, daß wenig Erfolg zu erhoffen sei, erklärte der Vertreter der Reichsbahndirektion sich zu einem Vergleich bereit, nach dem an die Geschädigten eine Entschädigungssumme gezahlt werden sollte, während die Wiedereinstellung versagt wurde.

Die Zahlung der Entschädigungssumme machte die Reichsbahndirektion aber von der Leistung folgenden Eides abhängig: „Es ist nicht wahr, daß ich während der Arbeitszeit agitiert und dadurch die Mitarbeiter von der Arbeit abgehalten habe.“ Diesen Eid haben die Kläger mit gutem Gewissen auch geleistet. Der Vertreter der Reichsbahndirektion verlangte darauf eine Widerspruchsfrist, da die Genehmigung seiner vorgelegten Behörde nötig sei. Die Reichsbahndirektion versagte aber die Genehmigung zu dem Vergleich. Dieser wurde mit der Begründung widerrufen, daß der Angeklagte einen Falschweid geleistet habe.

Prompt wurde ein Strafverfahren eingeleitet. In dem Verhandlungstermin stellte sich nach der Vernehmung des ersten Zeugen, des Vorsitzenden des Gewerbegerichts, die Haltlosigkeit der Anklage heraus, so daß selbst die Staatsanwaltschaft auf die weitere Beweisaufnahme verzichtete. Die von der Reichsbahndirektion benannten Befestigungszeugen, die nur noch informativ vernommen wurden, konnten auch nicht das geringste gegen den Angeklagten vorbringen. Der Staatsanwalt beantragte darauf selbst die Freisprechung des Angeklagten, dem das Gericht auch nach kurzer Beratung entsprach.

Dieses Verhalten der Reichsbahndirektion kennzeichnet so recht, mit welchen schmutzigen Mitteln gegen Freigewerkschaftler gearbeitet wird. Zunächst wirft man den Arbeiter aus dem Betriebe, dann zwingt man ihn, einen Eid zu leisten, damit man Gelegenheit hat, ein Strafverfahren anhängig zu machen, das dem bereits in großer Not befindlichen Arbeiter weitere schlaflose Nächte bringt. Auch wenn sich ein Mensch unschuldig fühlt, wird er mit großen Sorgen einem Prozeß entgegengehen, da das Vertrauen zur Justiz in der Arbeiterschaft nicht sehr groß ist. Unverständlich ist es, daß es die Staatsanwaltschaft überhaupt erst zur Hauptverhandlung hat kommen lassen.

Die englische Gewerkschaftshebe.

Abgeschlagene Attaken.

In England sind die Gewerkschaften von der Gesetzgebung anerkannte Organisationen, die hinsichtlich der Verwendung ihrer Einkünfte gewissen Vorschriften unterworfen sind. Diese Bestimmungen verfolgen den Zweck, die Unterstützungsansprüche der Mitglieder sicherzustellen. Sie machen es den Gewerkschaften unmöglich, von ihren Einkünften aus den regulären Beiträgen Ausgaben für politische Zwecke zu bestreiten. Da aber die englische Arbeiterpartei in der Hauptsache von den Gewerkschaften getragen wird, haben diese sich besonders „politische Fonds“ geschaffen, aus Zuschlägen zu den gewöhnlichen Verbandsbeiträgen. Diejenigen Gewerkschaftsmitglieder, die die Arbeiterpartei nicht finanziell unterstützen wollen, müssen dies in einer Erklärung zum Ausdruck bringen, woraufhin sie dann von der Zahlung des Zuschlages befreit sind.

In den rechtskonservativen Kreisen geht nun schon lange das Bestreben dahin, diese Rechtslage umzukehren. Sie fordern, daß nur von denen der „politische“ Beitrag erhoben werden darf, die ausdrücklich ihre Absicht erklärt haben, die Arbeiterpartei unterstützen zu wollen. Bis jetzt sind diese Vorstöße ergebnislos verlaufen.

Ein anderer Versuch, die Tätigkeit der Gewerkschaften einzuschränken, ist kürzlich mit Unterstützung des reaktionären Heftblattes „Morningpost“ unternommen worden. Es fand sich ein Mitglied des Verbandes der Ladengehilfen, das gegen seine Gewerkschaft einen

Einhaltsbefehl erwirken wollte dahingehend, daß ihr verboten werde, aus den allgemeinen Mitteln Beiträge an den englischen Gewerkschaftsbund zu leisten, weil dieser eine politische Körperschaft sei. Der Kläger wurde jedoch kostenpflichtig abgewiesen mit der Begründung, daß der beklagte Verband im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gehandelt habe.

Interessant ist die Feststellung, daß Leser der „Morningpost“ einen besonderen Fonds stifteten, mit dessen Mitteln die erwähnte Klage finanziert wurde. Der vorjährige Generalfest hat anscheinend die Gemüter der guten Bürger arg in Aufregung versetzt.

Eine Glanzleistung des Gewerbeaufsichtsamtes.

Dem Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, Essaler Straße 86/88 III, wurde wiederholt von dort verkehrenden Gästen mitgeteilt, daß im Café Frense, Schönberg, Brunhildstr. 1, die weiblichen Angestellten 12 bis 13, auch mehrmals 16 Stunden täglich beschäftigt werden. Ein Beamter der Organisation stellte auch mühselos die lange Arbeitszeit fest. Daraufhin wurde Anzeige beim Gewerbeaufsichtsamte Berlin-Südliche Vororte in Berlin-Niederschlesien-West, Rillmannstr. 3, erstattet. Dieses entsandte eine Beamtin, die die Angestellten in Gegenwart der Tochter des Inhabers nach der Arbeitszeit ausfragte. Alle Angestellten bis auf eine hatten nicht den Mut zur Wahrheit.

Am 24. Februar teilte das Gewerbeaufsichtsamte mit, daß die Beschwerde geprüft ist. Ein Anlauf zum Einschreiten war nicht gegeben. Am Tage darauf wurde der Angestellten, die die Wahrheit gesagt hatte, gekündigt. Frense sagte zu ihr: „Ich hätte Sie für intelligenter gehalten.“ Die unzähligen Ueberstunden hat Herr Frense natürlich vergessen zu zahlen. Das Café ist für organisierte Beihilfen gesperrt.

Ein Bubenstreich.

„Beto“ meldet: Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ vom 27. Februar 1927 finden wir folgendes Inserat:

Reisende! Vertreter aller Branchen zur Befehung von Direktorenstellen gesucht. Beamter ausgeschlossen. — Schriftliche Meldungen beim ersten Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Potsdamer Str. 106.

Unsere Vermutung, daß es sich hier um einen Bubenstreich handelt, bestätigt sich. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat dieses Inserat nicht veranlaßt und konnte das schon aus dem Grunde nicht tun, weil Direktorenstellen bei ihm nicht existieren. Der Zweck des Inserats war, den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund von der Gesamtheitschaft als beamtenfeindlich zu denunzieren. Den Beamtenpostillter muß schon die Tatsache stuhig machen, daß ein solches Inserat nicht in den Publikationsblättern des ADB erfolgt ist.

Man kann einer Organisation angehören, welcher man will, eine solche Kampfmethode in den Organisationsstreit hineinzuwerfen, wird jeder sachliche Kämpfende zurückweisen.

APB-Betriebsräte Berlins!

Für die Berliner Betriebsratswahlen ist jetzt ein besonderes Flugblatt für die APB-Gewerkschaften vom APB-Vorstand Berlin herausgegeben worden. Betriebe, die dieses Flugblatt zur Verteilung bringen wollen, müssen umgeben die benötigte Anzahl von Exemplaren bei den Geschäftsstellen der APB-Gewerkschaften oder bei der Geschäftsstelle des APB-Districts Berlin, Berlin SO 14, Opelstr. 24/25, Aufgang A, 4. Stock, Telefon: Moritzplatz 11 500, anfordern. Nach einiger Zeit können Nachbestellungen nicht mehr erfolgen. APB-District Berlin.

Sport.

Die Sieger im Dortmunder Sechstagerrennen.

Dus am Donnerstagsabend zu Ende gegangene zweite Dortmunder Sechstagerrennen endete mit einem sicheren Siege der Mannschaft Lorenz-Tonani. Insgesamt wurden 3729 Kilometer zurückgelegt. Das Endergebnis lautet: Lorenz-Tonani 608 Punkte, Kroll-Riethe 462 Punkte, Kielens-Thollensbeel 350 Punkte, H. Aerts-Duivier 278 Punkte, Bruske-Golle 88 Punkte. Eine Runde zurück: Buchenbogen-Frankenstein 288 Punkte, Hirtgen-Kausch 67 Punkte. Zwei Runden zurück: Cugnot-Rieger 489 Punkte.

Advertisement for 'Leineweber' clothing. It features an illustration of two men in suits and a list of clothing items with prices. The text reads: 'Unsere Frühjahrskleidung in eigenen Werkstätten aus guten Stoffen gefertigt, ist von vorzüglicher Saftform und äußerst preiswert!' The items listed include Herr.-Sakko-Anz., Gabardin.-Mantel, Gummi-Mäntel, Frühjahrs-Ulster, Regen-Mäntel, Jünglings-Ulster, and Herr.-Lod.-Mäntel. The brand name 'Leineweber' is prominently displayed at the bottom, along with the address 'Berlin C, Kölnischer Fischmarkt 4-6'.

Advertisement for 'Möbel auf Teilzahlung' (Furniture on installment). It lists various types of furniture like Schlaf-, Speise- u. Herren-Zimmer, Nußbaum- u. Eichenmöbel sowie Küchen, weiß und lackiert, zu enorm billigen Preisen und guter Verarbeitung. The address is 'Möbelhaus Suchlich, Berlin S, Cottbusener Damm 77'.

Advertisement for 'PAUL NEUGEBAUER' furniture. It shows an illustration of a bed and lists features like 'Schlafzimmer-Gegenstück, RM 665,-, Zahlungen erleichterung ohne Aufschlag'. The address is 'CHARLOTTENBURG, WILMERSDORFER STR. 1201'.

Advertisement for 'Möbel billiger!' (Furniture cheaper!). It states 'Große Auswahl, sofort lieferbar bei kleinsten Monatsraten' and identifies the company as 'Prugel & Co., Wilmersdorfer Str. 37'.

Advertisement for 'Bähr-Stiefel' (Bähr shoes). It claims 'Für starke Beanspruchung, Für schlechtes Wetter, Für Sport und Wanderungen' and 'die Sie jahrelang tragen können'. The address is 'H. Bähr, Berlin, Spittelmarkt 7'.

WERTHEIM

Rosenthaler Str.

Sensationelle Angebote

Vom Freitag, den 11. März bis Freitag, den 18. März, soweit Vorrat

Kunstwaschseide
kariert **65 Pf.** **95 Pf.**
Meter

Crêpe Marocain
Kunstseide, gemustert
100 cm breit, Meter **1 90**

Bett-Inlett
Kissenbreite **1 25** Deckbettbreite **1 90**

Wäschestickereien
2.30 Mtr. mittelbreit **50 Pf.** 3.05 Mtr. br. Filétmuster **1 25**

Tanzhöschen
für Damen Kunstseide, farbig **95 Pf.**

Pullover
versch. Ausfüh. **2 90** m. Kunstseide **5 25**

Kleiderstoffe
Waskrepp bedruckt, moderne Muster . . . Meter **65 Pf.**
Waschseide neue Jacquardbindung und Karos . . . Meter **95 Pf.**
Pulloverstoff Kunstseide m. Baumwolle . . . Meter **1 25**
Schweiz. Vollaile bedruckt, 70 b. 110 cm, Mtr. **1 25**
Kunstseid. Bordüre 120 cm br. **1 00**
Kostümstoffe meliert, auch f. Knabenanzüge, 130 cm br., Mtr. **1 00**

Wäschestoffe
Rohnessel 78 cm breit, Meter **38 Pf.**
Lakennessel 140 cm br., Meter **95 Pf.**
Hemdentuch 36 Pf. gute Qual. **48 Pf.**
Makotuch feinfrügend . . . Meter **68 Pf.**
Louisiana Klassenbreite **55 Pf.** Deckbettbreite, Mtr. **95 Pf.**
Haustuch f. Laken, 140 cm br., Meter **1 25**
Halbleinen f. Laken, 140 cm br., Mtr. **1 00**
Bettsatin Klassenbreite **85 Pf.** Deckbettbreite **1 40**

Damenwäsche
Taghemden mit Stickerel **1 25 1 00 2 00**
Untertailen mit Stickerel . . . **1 25**
Beinkleider mit Stickerel . . . **1 00**
Hemdhosens mit Stickerel . . . **1 00 2 00**
Prinzebrücke mit Stickerel **1 00 2 90 3 00**
Nachthemden mit Stickerel . . . **2 90**

Tischtücher
Tischtücher Gr. 110/110 u. 110/130 cm **1 00**
Servietten dazu passend . . . **39 Pf.**

Taschentücher
Linon-Taschentücher
weiß **22 Pf.** **28 Pf.** buntkantig **20 Pf.** **34 Pf.**

Strumpfwaren
Damenstrümpfe Mako, mittelstark, Hochleise u. Doppelsohle, schwarz **95 Pf.**
Damenstrümpfe Kunstseide **95 Pf.** **1 00**
Damenstrümpfe künstl. Waschseide, Bemberg **2 45**
Herrensocken farbig mit Seidenglanz **95 Pf.**
Herrensocken Seidenfaser gemustert **1 25**

Trikotagen
Hemd hose Windelform **75 Pf.**
Schlüpfer Baumwolle **85 Pf.** Fior **1 25**
Schlüpfer Kunstseide . . . **1 05 2 90**
Kinderschlüpfer Kunstseide **85 Pf.**
Herren-Weste reine Wolle . . **4 50**
Garnitur Jacke und Beinkleid . . . **2 90**
Trikot-Einsatzhemden . . . **1 00**
Hemden u. Beinkleid. Mako Stück **1 90**

Herren-Artikel
Taghemd kräftiges Hemdentuch . . **2 45**
Nachthemd mit farbiger Borte und Tasch. Umlegkragen **2 00**
Oberhemd weiß, mit Pikee-Falten-Einsatz, Klappmanschetten **3 00**
Kragen (Steh und Siebumlege) Mako 4 fach **50 Pf.**
Sportmützen s. modernen Stoffen **90 Pf.** **1 25**
Selbstbinder Kunstseide viele Muster **90 Pf.** **1 25**

Regenschirme
Damen-Schirme Halbseide, festkantig, Topform **4 00**
Herren-Schirme Halbseide festkantig **4 00**

Handtücher
Küchenhandtücher grau-weiß buntgestreift **25 Pf.**
Frottierhandtücher **75 Pf.**

Damenstrümpfe
Seidenfaser, Ia Qualit. Hochfaser u. Doppelsohle, Modifarben . . **1 25**

Herrensocken
farb. od. grau-meliert **45** Doppelsohle schwarz od. farbig **65 Pf.**

Oberhemd
farbig gestreift **2 90** weiß, Batist-Eins. **4 75**

Herren-Filz-Hut
moderne Formen und Farben **2 90**

Selbstbinder
gemustert **45 Pf.** reine Seide **1 90**

Tischtücher mit kleinen Webefehlern **33 1/3 %** unter regulären Preisen

Vom 7. März 1927 verlebte nach kurzen schwerem Leiden, mein braven-guter Mann, der Schanzwirt **Michael Huber** kurz vor seinem 57. Geburtstag. Liebtetruht Frau Rosa Huber geb. Rupp. Die Beerdigung findet am Samstag, dem 12. März, nach 4 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, statt.

Concordia-Palast, Andreasstraße 64
Vom 11. bis 13. März
Klettermaxe
Bühnenschau.

Humboldt-Theater, Badstraße 19
Des großen Erfolges wegen verlängert Pola Negri in **Hotel Stadt Lemberg**
Das erstklassige Schauspiel.
Die große Bühnenschau.

Pumpen, Altona, Filter, Ersatzteile, Probierprobe gratis. **Koblanck & Co.**
Pumpenfabrik Berlin N 68, Reinickendorfer Str. 95
la. Eiderfettkäse 9 Pf. M. 6,30 Irko. Dampfkeusefabrik Rendsburg.

Zur Neuerrichtung, Umzug oder Renovierung Ihrer Wohnung empfiehlt sich **Dekorateur Alfred Walter**
Lager und Anfertigung von Dekorationen und Gardinen aller Art **Bett-, Tisch- u. Diwanddecken** äußerst billig nur **Neukölln, Seidower Str. 6** II. Etage, Kein Laden! Tel. NKL 2529

Metall-Bettstellen
Fürst, Neukölln, Hermannstr. 38 Ecke Mahlower Str.
Kinderwagen u. Bettfedern
Fabrik für Ruhebetten, Auflegematratten u. Feldbettstellen
Fabrikpreise — Lieferung in Neukölln und angrenzende Gegend frei Haus

Zugern-Licht-Schädigungen BESEITIGT
Max Trusch
Staatlich geprüfter Optiker-Meister
Berlin, Dresdener Str. 131 (Kottbuser Tor)
Vollständige optische Sehschärfenprüfung mit neuesten Apparaten, sowie Garantie für völlige Zufriedenstellung sind im Preise einbezogen.
Nikotinier von 0,75 an
Dombikelnier von 1,50 an
Rathenower Gläser pro Glas von 0,50 an
Größte Auswahl! Billigste Preise! Lieferant für Krankenkassen

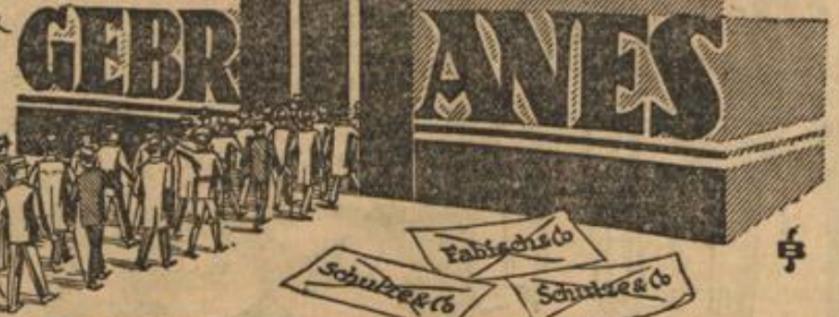
Ballschmied-Lichtspiele, Badstr. 16
Des Riesenerfolges wegen verlängert **Blutsbrüderschaft**
Das gute Schauspiel.
Die erstklassige Bühnenschau.

Spezial-Ischias in 11-15 Tagen, Genesung und Ruhe, wenn Ischias, Genesung in 11-15 Tagen und schwere Fälle benötigt werden. Besondere Heilungsmethoden sind bekannt. Ärztlich empfohlen. Invalidenstr. 106. 9-11, 1-4. Samstag 10-12. Jeden

Berlin und



Unzählige Berliner kaufen seit langem die Kleidung unserer Fabrik, ohne vielleicht unseren Namen zu kennen. Jetzt fragen unsere sämtlichen Berliner Geschäfte den Namen, der für eleganten Schnitt, gediegene Stoffe und vorteilhafte Preise bürgt, den Namen **GEBR. ANES**



DAS HAUS DER GUTEN HERRENKLEIDUNG

Herren-Anzüge neue Frühjahrs-Muster . . . 39.-	Herren - Ulster vorzüglicher Schnitt . . . 49.-	Gummi - Mäntel feine Gummierung 26- 19.- 13.50
Herren-Anzüge gediegene Qualitäten . . . 59.-	Herren - Ulster gediegene Stoffe, apart. Neuheit 79.-	Knaben-Anzüge entzückende Neuheiten . . 9.- 7.50
Herren-Anzüge aparte Stoffe 79.-	Herren - Paletots auffallend gute Paletform 79.- 69.-	Knaben-Anzüge aparte Fassons 16.- 13.-

Zu noch nie dagewesenen Preisen bringen wir **Stores, Gardinen, Bettdecken**
Künstler-Gardinen in besten Qualitäten für 5,90, 7,50, 8,90 M.
Halbstores in allen Webarten 1,75, 4,50, 8,50 M.
Gardinen-Reste und-Idah u. Bad-fenster zum halben Preis.
— Einzelverkauf von 9-7 Uhr. —
Spezial-Gardinen-Werkstätten
Neukölln, Bergstr. 67
2 Stock, am Ringbahnhof
Kein Laden!

HUNDE
Katten, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Der moderne 2-reih. Anzug. Aparte Frühj.-Ausmusterung **63.-**

Chaussee-Str. Ecke Liesen-Str. früher D. Perleberg	Rosenthaler-Str. Ecke Linien-Str. früher Fabisch & Co.	Brückenstraße Ecke Runge-Str. früher Schulze & Co.	Schöneberg Hauptstr. Ecke Vorberg-Str. früher Schulze & Co.
--	--	--	---